

## Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

### Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 28. Mai bis 1. Juni 2004 in Pressburg, Slowakei

#### Inhaltsverzeichnis

	Seite	
Teilnehmer der deutschen Delegation . . . . .	1	– Abgeordneter <b>Lothar Ibrügger</b> (SPD)
Ablauf der Tagung . . . . .	1	– Abgeordneter <b>Dr. Karl A. Lamers</b> (CDU/CSU)
Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss . . . . .	2	– Abgeordneter <b>Erwin Marschewski</b> (CDU/CSU)
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit . . . . .	2	– Abgeordnete <b>Ursula Mogg</b> (SPD)
Politischer Ausschuss . . . . .	4	– Abgeordneter <b>Winfried Nachtwei</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit . . . . .	6	– Abgeordneter <b>Ruprecht Polenz</b> (CDU/CSU)
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit . . . . .	9	– Abgeordneter <b>Hans Raidel</b> (CDU/CSU)
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie . . . . .	11	– Abgeordneter <b>Bernd Siebert</b> (CDU/CSU)
Plenarsitzung . . . . .	13	– Abgeordneter <b>Kurt J. Rossmanith</b> (CDU/CSU)
		– Abgeordneter <b>Andreas Weigel</b> (SPD)
		– Abgeordnete <b>Verena Wohlleben</b> (SPD)
		<b>Bundesrat:</b>
		– Staatsminister <b>Volker Bouffier</b> (CDU), Hessen, <i>Leiter der Delegation des Bundesrates</i>

#### Teilnehmer der deutschen Delegation

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO fand vom 28. Mai bis zum 1. Juni 2004 in Pressburg, Slowakei, statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationen:

#### Deutscher Bundestag:

- Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD), *Leiter der Delegation*
- Abgeordneter **Uwe Karl Beckmeyer** (SPD)
- Abgeordneter **Wolfgang Börnsen** (CDU/CSU)
- Abgeordnete **Helga Daub** (FDP)
- Abgeordneter **Dr. Wolfgang Götzer** (CDU/CSU)
- Abgeordnete **Monika Heubaum** (SPD)
- Abgeordneter **Robert Hochbaum** (CDU/CSU)
- Abgeordneter **Gerd Höfer** (SPD)

#### Ablauf der Tagung

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss trat am 28. Mai 2004 zusammen. Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 29. und 30. Mai 2004 statt. Das Plenum tagte am 1. Juni 2004.

Die Eröffnungsrede der Plenarsitzung hielt der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Douglas Bereuter** (Vereinigte Staaten). Ansprachen des Präsidenten des Nationalrates der Slowakischen Republik **Pavel Hrusovský** und des slowakischen Ministerpräsidenten **Mikulas Dzurinda** sowie des Leiters der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) **Mohamed el-Baradei** folgten.

Zum ersten Mal nahmen die sieben neuen NATO-Mitgliedsländer als Vollmitglieder an der Tagung der Versammlung teil. Die Schwerpunkte der Frühjahrstagung lagen bei der Diskussion über die Erfolgsaussichten der NATO-Mission in Afghanistan und deren mögliches Scheitern, falls die NATO-Mitgliedstaaten ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllten. Die

Versammlung nahm eine Erklärung des Ständigen Ausschusses in Bezug auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in der Ukraine an.

## **Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss**

### **I. Tagesordnung und Themen**

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Freitag, 28. Mai 2004, unter dem Vorsitz des Präsidenten der Versammlung, **Douglas Bereuter** (Vereinigte Staaten). Zum ersten Mal seit seiner Gründung vor zwei Jahren lagen dem Ausschuss zwei Berichtsentwürfe zu den Themen „Kooperation zwischen der NATO und Russland“ und „Lehren aus den Anti-Terror-Missionen in Afghanistan“ zur Beratung vor.

### **II. Entwurf eines Berichts über „Kooperation zwischen der NATO und Russland zur Verbesserung der Sicherheit und Stabilität im gemeinsamen Europäisch-Atlantischen Raum“, vorgelegt von Abg. Lubov Sliska (Russische Föderation)**

Der Bericht wurde in Vertretung der abwesenden Berichterstatterin Abg. **Sliska** vom Abg. **Zavarzin** (Russische Föderation) vorgestellt. Gegenstand des Berichts waren konkrete Formen und Bereiche der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland, wie beispielsweise die Förderung der militärischen Zusammenarbeit und die Kooperation im Zivilschutz. Die NATO-Erweiterung um sieben neue Mitglieder habe Sorgen und Bedenken in Russland ausgelöst. In der anschließenden Diskussion betonten die Ausschussmitglieder, der Ständige Ausschuss habe entscheidende Impulse für die Vertiefung des politischen Dialogs zwischen der NATO und Russland gegeben. Die Fortführung und Intensivierung des Dialogs und der praktischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland werde zu mehr Stabilität und Sicherheit in Europa führen. Im Hinblick auf die angebliche Diskriminierung der russischen Minderheit in den GUS-Staaten wird bei der Sitzung erhebliche Kritik geübt. Es ist dagegen eine weitgehende Übereinstimmung mit dem nachfolgenden ausgewogenen Bericht des Abg. **Ozerov** (Russische Föderation) festzustellen.

### **III. Entwurf eines Berichts über „Lehren aus den Anti-Terror-Missionen in Afghanistan“, vorgelegt von Abg. Victor A. Ozerov (Russische Föderation)**

Abg. **Ozerov** stellte seinen Bericht vor. Heute könne kein Land der Welt ungeachtet seiner militärischen oder politischen Macht die Probleme des internationalen Terrorismus alleine lösen. Nur durch die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und der Weltgemeinschaft sei eine Lösung möglich. Er berichtete über die Erfolge und Misserfolge der Anti-Terror-Mission in Afghanistan und wies auf die dortige schlechte Sicherheitslage hin. Ziel müsse eine starke afghanische Regierung und die intensive Einbindung der Bevölkerung sein, insbesondere um den Dro-

genhandel besser bekämpfen zu können. Zur Zusammenarbeit mit der NATO gebe es keine Alternative. In der Diskussion waren sich die Ausschussmitglieder einig, dass ein Scheitern der internationalen Bemühungen in Afghanistan nicht nur für die NATO, sondern für alle Staaten eine Niederlage darstellen würde.

## **Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit**

### **I. Tagesordnung und Themen**

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 29. Mai 2004, von 9.15 bis 18.00 Uhr, unter dem Vorsitz von Abg. **Hefley** (Vereinigte Staaten). Hauptthemen waren die Operation in Afghanistan und die wachsende Rolle der NATO bei weltweiten Einsätzen, die Fortschritte des Bündnisses in der Umsetzung der Prager Beitragsvereinbarung, die Entwicklung von Eingreiftruppen innerhalb der NATO und der EU sowie die Entwicklung der Beziehungen von NATO und EU.

Abg. **Hefley** informierte nach der Anfrage von Abg. **Kox** (Niederlande) darüber, dass ein Besuch des Gefängnisses auf Guantanamo nicht möglich sei, da nach den Genfer Konventionen nur den Behörden, Geheimdiensten, dem Roten Kreuz und bestimmten Mitgliedern des amerikanischen Kongresses der Zutritt erlaubt sei.

### **II. Ansprache des Verteidigungsministers der Slowakei, Juraj Liška**

In seiner Rede erläuterte Verteidigungsminister **Juraj Liška** die durch den EU- und NATO-Beitritt veränderte sicherheitspolitische Lage seines Landes. Die Slowakei sei bereit, die neuen Sicherheitsgefahren zu bekämpfen, ihre Verpflichtungen im Bündnis zu erfüllen und einen Beitrag zu Artikel 5 Operationen der NATO und zu weltweiten Einsätzen zu leisten. Durch die Umsetzung von Reformen in Bezug auf die nationale Sicherheitsstrategie und die nationalen Streitkräfte werde das Land besser in die Militärstruktur der NATO unter Beibehaltung der eigenen Verteidigungsfähigkeit integriert. Auf die Nachfrage von Abg. **Estrella** (Spanien) nach der Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bekräftigte Verteidigungsminister **Liška**, die Verbindung zwischen NATO und EU müsse verstärkt und aus Gründen der Effizienz eine einheitliche politische Linie gefunden werden. Gefragt nach dem Stand der Beziehungen zur Ukraine bekräftigte er, dass die Ukraine für die Slowakei ein wichtiger sicherheitspolitischer Partner zur Stabilisierung der Region sei. Auf die Bemerkung von Abg. **Moserová** (Tschechische Republik) zur möglichen Rolle der NATO bei Naturkatastrophen wie in Haiti und der Dominikanischen Republik sprach sich **Liška** in Fällen von großen Naturkatastrophen für ein Engagement der NATO im zivilen Sektor aus. Auf die Frage des Senators **Pastusiak** (Polen) nach der Zukunft der trilateralen Kampftruppe der Slowakei, Polens und Tschechiens erklärte Minister **Liška**, die Kampftruppe werde trotz ihrer exzellenten Kooperation aufgelöst, da sie den Zielen der NATO widerspreche.

### III. Vortrag des ehemaligen Kommandeurs der ISAF, Goetz Gliemeroth, zum Thema „NATO-Operationen in Afghanistan“

General **Goetz Gliemeroth** berichtete von seinen Erfahrungen als Kommandeur der ISAF in Afghanistan und legte die wesentlichen Herausforderungen der NATO-Streitkräfte vor Ort dar. Durch den Einsatz der NATO sei es gelungen, die Sicherheit in Kabul zu erhöhen und die Militär- und Polizeieinheiten der Regierung zu stärken. Diese Bemühungen müssten aber im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen im September 2004 unbedingt verstärkt werden. General **Gliemeroth** appellierte an die Mitgliedstaaten, ihre Zusagen schnellstmöglich zu erfüllen, um der Glaubwürdigkeit des Bündnisses nicht zu schaden und die künftige politische Entwicklung Afghanistans nicht zu gefährden.

### IV. Entwurf eines Generalberichts über „Die Operationen in Afghanistan und die wachsende Rolle der NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Pierre Lellouche (Frankreich)

Abg. **Lellouche** berichtete von der kürzlich durchgeführten Reise des Ausschusses nach Afghanistan und stellte seinen Berichtsentwurf vor. Er unterstrich, die erfolgreiche Arbeit der NATO in Afghanistan sei gefährdet, sollten nicht sofort mehr Mittel bereitgestellt werden. Die Konzentration der Weltgemeinschaft auf den Irak und das fehlende Engagement in Afghanistan könne verheerende Folgen für die Stabilität der Region und die weltweite Sicherheit haben. Um noch vor den im Herbst stattfindenden Wahlen die Sicherheit zu erhöhen, sei eine stärkere Truppenpräsenz unbedingt erforderlich. Beim Wiederaufbau Afghanistans komme der Bekämpfung der Drogenproduktion und des Drogenhandels entscheidende Bedeutung zu. Der Versuch, den Drogenhandel durch Aufkauf von Mohn zu bekämpfen, sei aufgrund der dadurch ausgelösten doppelten Produktion bislang genauso gescheitert wie die Anwendung staatlicher Gewalt, die durch Korruption der Polizei unterlaufen werde. Die Entmachtung der lokalen Kriegsherren, die aus dem Krieg als Gewinner hervorgegangen seien und das Vertrauen der Bevölkerung genossen, sei im Hinblick auf die Wahlen sehr wichtig. Eine demokratische Legitimation der lokalen Kriegsherren müsse unbedingt verhindert werden. Bedenklich sei die geringe Wählerregistrierung, bislang seien nur 2,5 Millionen von insgesamt 10 Millionen Wählern registriert. Er sprach sich dafür aus, die beiden NATO-Missionen ISAF und Enduring Freedom zusammenzuführen.

In der Debatte regte Abg. **Forciari** (Italien) die Verabschiedung einer Resolution an, die die Sicherheitslage in Afghanistan wieder in den Mittelpunkt des Interesses der NATO rücken sollte. Er empfahl, Afghanistan aufgrund der gravierenden Unterschiede zu anderen Ländern der Region aus der Initiative „Größerer Mittlerer Osten“ herauszunehmen. Die Forderung von Abg. **Ozerov** (Russi-

che Föderation), in der endgültigen Fassung des Berichts auch die Rolle Russlands beim Wiederaufbau Afghanistans zu berücksichtigen, fand die Zustimmung von Abg. **Lellouche**. Abg. **Stanley** (Vereinigtes Königreich) widersprach der Einschätzung, Pakistan sei ein destabilisierender Faktor in der Region und habe ein Interesse an einem schwachen Afghanistan. Das Engagement der NATO in Afghanistan sei das bedeutendste der Allianz und die Glaubwürdigkeit der NATO stehe genauso auf dem Spiel wie die der demokratischen Regierung Karsai bei einem Scheitern der kommenden Wahlen. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) ergänzte, dass neben dem Einsatz in Afghanistan auch die Ernsthaftigkeit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf dem Spiel stehe. Abg. **Calha** (Portugal) und Abg. **Kox** (Niederlande) äußerten Besorgnis über die nur langsam voranschreitende positive Entwicklung in Afghanistan. Abg. **Vassiliev** (Russische Föderation) unterstrich die Bedeutung des Kampfes gegen den Drogenhandel und forderte angesichts des Engagements Russlands an den Grenzen eine gemeinsame Überwachung der Grenzen Afghanistans von NATO und Russland. Auf Nachfragen des Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) erläuterte Abg. **Lellouche** (Frankreich), die Divergenzen auf höchster politischer Ebene über das Vorgehen im Irak hätten den Wiederaufbau in Afghanistan behindert und fehlende Kohärenz offenbart. Es sei ein Fehler gewesen, im Irak aktiv zu werden, bevor die Probleme in Afghanistan gelöst worden seien. **General Gliemeroth** erinnerte daran, dass im Kosovo der verfrühte Truppenabzug ein Wiederaufkeimen von Gewalt in der Bevölkerung zur Folge gehabt habe und warnte vor einer Wiederholung dieses strategischen Fehlers in Afghanistan.

### V. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Fortschritte des Bündnisses in der Umsetzung der Prager Beitragsvereinbarung“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten)

Der Berichtsentwurf wurde in Vertretung des abwesenden Abg. **Shimkus** vorgestellt. Abg. **Smith** (Vereinigtes Königreich) widersprach der Einschätzung des Berichts, der die Kommunikationsprobleme als „spektakuläre Misserfolge“ bezeichnete. Vielmehr seien die Kommunikationsprobleme weder so weit verbreitet noch so gravierend wie in den Medien dargestellt. Abg. **Angioni** (Italien) korrigierte die Aussage von Ziffer 58 des Berichts und betonte, Italien ziehe nicht in Erwägung, den Verlust an Personal in den Streitkräften durch ausländische Kräfte zu füllen und so durch Schaffung einer Art Fremdenlegion aufzufangen. Ergänzend machte er im Zusammenhang mit Ziffer 58 des Berichts darauf aufmerksam, dass Italien bereits beschlossen habe, die Wehrpflicht zu Beginn des Jahres 2005 abzuschaffen.

## VI. Vortrag des ehemaligen Kommandeurs der Multinationalen Truppe im Irak, General Andreij Tyszkiewicz, zum Thema „Erfahrungen Polens in der Mission zur Stabilisierung des Irak“

General **Andreij Tyszkiewicz** berichtete von seinen Erfahrungen als Kommandeur der multinationalen Truppe im Irak. Die im Rahmen der Mission durchgeführten Projekte hätten die Bereiche Wirtschaft und Finanzen, öffentliche Sicherheit und Justiz, Bildungswesen, Gesundheit und Hygiene sowie die Treib- und Brennstoffversorgung umfasst.

Auf die Frage von Abg. **Squire** (Vereinigtes Königreich) erläuterte General **Tyszkiewicz**, die taktische Ausrichtung der Mission sei jeweils der aktuellen Sicherheitslage im Irak angepasst worden. Er habe bereits mehrfach Gelegenheit gehabt, seine Erfahrungen an Kommandeure aus Polen und anderen Ländern weiterzugeben. Abg. **Estrella** (Spanien) erkundigte sich nach der Kooperation der beteiligten Länder. General **Tyszkiewicz** erklärte, unterschiedliche Einsatzregeln aus den verschiedenen Ländern hätten es nötig gemacht, vor jeder größeren Operation mit den nationalen Kommandeuren oder Verantwortlichen Rücksprache zu halten. Abg. **Lord Clark of Windermere** (Vereinigtes Königreich) wies auf die neue Rolle der NATO hin, die statt Kriegs- nunmehr Friedensmissionen durchführe.

### Politischer Ausschuss

#### I. Tagesordnung und Themen

Der Politische Ausschuss tagte unter dem Vorsitz des Abg. **Viggers** (Vereinigtes Königreich) am Sonntag, 29. Mai 2004, von 9.00 bis 18.30 Uhr. Hauptthemen waren die Situation in Afghanistan, die Anwendung von Gewalt durch die NATO, das Sicherheitskonzept der EU und die Sicherheit in Südosteuropa.

#### II. Ansprache des Staatsministers im slowakischen Außenministerium, Ivan Korcok

Staatsminister **Ivan Korcok** hob die Bedeutung der Allianz für die Slowakei als Garant für Frieden und Stabilität hervor. Im Kosovo habe das Bündnis ein klares Signal gegen die Tolerierung von Gewalt gesetzt und sein Land unterstütze die Initiative, dort eine ständige Vertretung der NATO einzurichten, deren Aufgabe es sein sollte, eine aktivere Rolle in der politischen Diskussion über die Zukunft des Kosovos zu übernehmen. Die Aufnahme sowohl von Bosnien-Herzegowina, als auch von Serbien und Montenegro in die NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) werde seiner Ansicht nach dazu beitragen, die innenpolitische Situation Südosteuropas zu stabilisieren. In Bezug auf die NATO-Mission in Afghanistan wies der Staatsminister auf den slowakischen Beitrag zur ISAF in Form einer Ingenieureinheit hin, die zusätzlich zu den bereits gestellten Truppen der Operation Enduring Freedom entsandt worden seien.

In der anschließenden Aussprache unterstrichen viele Abgeordnete die Schlüsselrolle Südosteuropas für die europäische Sicherheit und die Problematik des Kosovos. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) stellte fest, bis zu den gewalttätigen Ausschreitungen im März dieses Jahres galten die Missionen im Kosovo und in Afghanistan als grundsätzlich erfolgreich. Im Kosovo sei die Frage „Standards vor Status“ immer noch nicht befriedigend gelöst. Er bedauerte das Fehlen eines politischen Konzepts für das Kosovo. Abg. **Zavarzin** (Russische Föderation) äußerte sich sehr kritisch über die von der NATO erzielten Erfolge im Kosovo und sprach davon, dass dort „der Völkermord noch immer nicht gestoppt sei“. Angesichts des leichten Zugangs zu Waffen und Drogen plädierte er für eine aktivere Rolle der Versammlung für die Situation in Südosteuropa. Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) sprach sich für die Stärkung demokratischer Strukturen in Serbien und Montenegro aus. Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich) zeigte sich sehr besorgt über die Situation in Afghanistan und konstatierte, dass ein mögliches Scheitern der NATO nicht ausgeschlossen sei. Er appellierte an die Mitglieder der Versammlung, sicherzustellen, dass deren Regierungen ihre Versprechen einhielten. Abg. **Lalumière** (Europäisches Parlament) warnte vor einer Überstrapazierung der NATO.

#### III. Entwurf eines Generalberichts über „NATO und der Einsatz von Gewalt“, vorgelegt von Generalberichterstatter Bert Koenders (Niederlande)

Berichterstatter **Bert Koenders** stellte seinen Bericht vor und ging auf die Problematik in Bezug auf die Zeit während und nach einer Intervention ein. Die Nachkriegsregelung stelle eine ebenso große Herausforderung wie die militärische Aktion selbst dar. Der Irak sei das beste Beispiel für die Notwendigkeit einer guten Nachkriegsstrategie. Nach einer kriegerischen Auseinandersetzung werde oft der Zusammenhang zwischen Rechtmäßigkeit, Legitimität und Effektivität des Einsatzes von Gewalt vergessen. Die Frage der Legitimität von NATO-Einsätzen hänge zum einen von der Haltung der VN und davon ab, ob die militärische Mission Teil einer größeren Strategie sei.

In der Aussprache wurde von Abg. **Tauscher** (Vereinigte Staaten) und Abg. **Andreychuk** (Kanada) das Fehlen einer klaren Antwort auf die Frage, wann der Einsatz von militärischer Gewalt rechtmäßig sei, kritisiert. Die größte Herausforderung läge darin, in angemessener Zeit auf terroristische Bedrohungen zu reagieren. Nach Einschätzung der Abg. **Gillan** (Vereinigtes Königreich) hätten einige Aktivitäten nach den Anschlägen vom 11. September 2001 Terroristen erst zu Terroranschlägen ermutigt. Sie appellierte an die Mitgliedstaaten, die Balance zwischen bürgerlichen Freiheiten und den notwendigen Sicherheitsbestimmungen einzuhalten. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) konstatierte, die wechselhafte Begründung für den Irakkrieg habe die Glaubwürdigkeit der Invasion beschädigt. Er könne sich nicht vorstellen, dass die NATO eine zentrale Rolle bei der Stabilisierung der Lage

im Irak leisten könne. Durch ein NATO-Engagement würde kaum ein Mitgliedstaat zusätzliche Truppen entsenden. Ein Agieren der NATO unter einem amerikanischen Befehlshaber wäre für eine Reihe von NATO-Staaten wie Deutschland problematisch. Ein Kommando, im Sinne eines einheitlichen Befehlsstranges unter US-Führung, sei schwer akzeptabel. Abg. **Forcieri** (Italien) schlug vor, in den Bericht auch mögliche Optionen für eine Reform der VN aufzunehmen.

**IV. Vortrag des Präsidenten der Cranfield Universität, Field Marshall The Lord Vincent, zum Thema „Überlegungen über den Beitrag der NATO zu unserer gemeinsamen Sicherheit in einer sich verändernden Welt“**

Ausgehend von der Transformation der NATO seit ihrer Gründung 1949 unterstrich **Marshall The Lord Vincent**, dass die NATO heute andere Ziele als die rein militärische Abschreckung verfolge. Der Graben zwischen reichen und armen Staaten und die zunehmende Zahl gescheiterter Staaten stellten die NATO vor neue Aufgaben. Das neue strategische Konzept der NATO gebe keine Antwort auf die Probleme der Armut. Die internationale Gemeinschaft müsse jedoch reagieren, wenn sie verhindern wolle, dass Terrororganisationen in verarmten Bevölkerungsschichten Anhänger fänden. Ein umfassender und kohärenter Ansatz zur Bekämpfung des Terrors sei notwendig.

**V. Entwurf eines Berichtes des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Das Sicherheitskonzept der EU – Implikationen für NATO und EU“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Ruprecht Polenz (Deutschland)**

Berichterstatter **Ruprecht Polenz** ging einleitend auf die gegenwärtige Situation im Irak ein und konstatierte, für die NATO sei es nicht akzeptabel, für die USA im Irak zum „Subunternehmer“ zu werden. Er beschrieb die Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen der amerikanischen und der europäischen Sicherheitsstrategie. Abschließend empfahl er eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO und eine effektivere Arbeitsteilung zwischen beiden Organisationen. Höhere Investitionen in militärische wie in zivile Mittel und eine präzisere Definition der Fälle, in denen die EU plane, militärische Mittel einzusetzen, seien notwendig.

Senator **Pastusiak** (Polen) regte an, in den Bericht die „Berlin plus“-Abkommen mit einzubeziehen. Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) warnte vor einem überstürzten Abzug aus dem Irak, der schwerwiegende Folgen haben könne. Die Situation im Irak sei „schwierig, aber nicht aussichtslos“, und forderte ein größeres internationales Engagement. Die nächsten vier bis fünf Wochen seien entscheidend für die Zukunft des Iraks. Berichterstatter **Ruprecht Polenz** (Deutschland) sagte zu, im Abschlussbericht im Herbst auf die Brückenfunktion Kanadas zwi-

schen den USA und Europa und auf die Zusammenarbeit zwischen den Schnellen Eingreiftruppen beider Organisationen einzugehen.

**VI. Vortrag des Direktors des Zentrums für Studien über die Nichtverbreitung, Dr. William Potter, zum Thema „Nichtstaatliche Akteure und Nuklearwaffen“**

Nach Einschätzung von **Dr. William Potter** stellt die Allianz zwar ausreichend Mittel für die Bekämpfung terroristischer Angriffe mit Nuklearwaffen zur Verfügung, es mangle jedoch an einer glaubhaften Strategie, die auf einem systematischen Vergleich und auf einer Einschätzung der unterschiedlichen terroristischen Bedrohungen durch Nuklearwaffen aufbaue. Die nationalen Regierungen und die internationalen Organisationen sollten eine Strategie in Bezug auf hoch angereichertes Uran verfolgen. Des Weiteren müssten strikte, weltweit geltende Sicherheitsstandards verabschiedet werden. Gefragt nach den Vorkommen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, ging **Dr. Potter** davon aus, dass dort schätzungsweise 600 Tonnen hoch angereichertes Uran lagerten. Er appellierte an die internationale Gemeinschaft, sich mehr mit diesem Problem zu beschäftigen. Die Internationale Atomenergiebehörde habe gute Arbeit geleistet, benötige jedoch mehr Mittel, um sich besser mit den Gefahren durch nukleare terroristische Angriffe auseinander setzen zu können.

**VII. Entwurf eines Berichtes des Unterausschusses „Mittel- und Osteuropa“ über „Die Sicherheit in Südosteuropa und die Rolle der Partnerschaft von NATO und EU“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Marco Minniti (Italien)**

In Vertretung des abwesenden Berichterstatters stellte der Vorsitzende des Unterausschusses Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) den Berichtsentwurf vor. Einleitend ging Abg. **Markus Meckel** auf die gewaltsamen Unruhen im Kosovo vom März dieses Jahres ein. Warnungen vor Unruhen habe es bereits im Vorfeld gegeben, daher sollte den Entwicklungen in Südosteuropa wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Er berichtete von der letzten Reise des Unterausschusses nach Serbien und Montenegro und hob die Bedeutung der kommenden Präsidentschaftswahlen in Serbien hervor. Das Erreichen bestimmter Standards im Kosovo dürfe nicht infrage gestellt werden, jedoch müsse eine Perspektive in Bezug auf die Statusfrage eröffnet werden. Besonders im Hinblick auf die Unabhängigkeit Montenegros sei dies von entscheidender Bedeutung. Die Einbeziehung der Länder in die NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) sollte an erster Stelle der politischen Agenda stehen, nur so könne eine Demokratisierung der Streitkräfte erreicht werden. Die Forderung nach enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien sollte weiterhin aufrechterhalten und verfolgt werden. Im

Widerspruch zum Aufnahmeverlangen in die Partnerschaft für den Frieden stehe die von Serbien gegen die NATO beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereichte Klage und er forderte Serbien zur Klagerücknahme auf. Die enge Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO sei für die Stabilität in der Region von entscheidender Bedeutung. Die USA hätten ihre Schwerpunkte jetzt in Afghanistan und im Irak, daher sollten im Sinne einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung die Europäer die Verantwortung für diese Region vollständig übernehmen. Er wies auf die Notwendigkeit hin, diese Fragen zum Kosovo und zu Serbien-Montenegro spätestens im kommenden Frühjahr international zu diskutieren, um eine Verständigung über Lösungsperspektiven zu erzielen.

In der sich anschließenden Aussprache widersprach der Abg. **Papantoniou** (Griechenland) der Forderung nach einem Rückzug der USA aus Südosteuropa. Die NATO könne viel zur Stabilität beitragen und die Präsenz der USA, sei sie auch gering, sei für die Bevölkerung von wichtiger politischer Bedeutung. Abg. **Arifi** (Mazedonien) bat darum, den Begriff „slawische Gemeinschaft“ durch „ethnische Mazedonier“, „ethnische Albaner“ und „ethnische Serben“ zu ersetzen.

### VIII. Geplante Aktivitäten für 2004 und Namensänderung des Unterausschusses

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ Senator **Pastusiak** (Polen) informierte über den geplanten Besuch des Unterausschusses vom 4. bis 6. Oktober 2004 in Berlin und stellte das Programm vor. Der Ausschuss nahm die vorgeschlagene Namensänderung des Unterausschusses „Mittel- und Osteuropa“ in Unterausschuss „NATO-Partnerschaften“ an.

### Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 29. Mai 2004, unter dem Vorsitz des Abg. **Gillmor** (Vereinigte Staaten).

#### I. Überblick über Tagesordnung und Themen

Hauptthemen waren die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, die transatlantischen Handelsbeziehungen und im Zusammenhang damit Sicherheitsfragen.

#### II. Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Finanz-, Budget- und Währungsfragen des nationalen Rates der Slowakischen Republik, Julius Brocka

**Julius Brocka** berichtete über die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in der Slowakei und zeigte entscheidende soziale Reformen seit 1989 auf.

Im Juni 2003 habe man ein neues Steuersystem eingeführt, die direkte Beteuerung sei stark gesenkt, eine pauschale Steuer von 19 Prozent eingeführt worden. Dieses System begünstige Familien mit Kindern und sei für aus-

ländische Investoren sehr attraktiv. Die durchgeführte Rentenreform berücksichtige die Demographiekrise und enthalte nunmehr neben der bisherigen einkommensabhängigen Grundversorgung eine für junge Menschen obligatorische Sparquote und biete zusätzlich die Möglichkeit einer freiwilligen Ergänzungsversicherung für eine höhere Rentenzahlung. Eine Änderung im Arbeitsrecht begünstige die Arbeitgeber durch flexiblere Regelungen bei der Schaffung, aber auch Abschaffung von Arbeitsplätzen. Ferner sei es gelungen, die Schwarzarbeit drastisch einzudämmen. Mit der Reform des Schulsystems hätten die Regionalverwaltungen mehr Zuständigkeiten und die Universitäten mehr Unabhängigkeit erhalten. Ferner werde das unwirtschaftliche Gesundheitswesen reformiert, die Einführung des Wettbewerbs soll für eine Kostenreduzierung sorgen.

Seit dem Jahr 2000 habe man damit ein Wirtschaftswachstum von jährlich mindestens 4 Prozent erreichen können. Jedoch bereite die mit 15 Prozent immer noch hohe Arbeitslosigkeit weitere Probleme, vor allem auch deren regionales Ungleichgewicht. Noch vor vier Jahren habe man mit über 20 Prozent eine der höchsten Quoten in der EU gehabt. Weitere ehrgeizige Pläne seien z. B. die Reform des Bankenwesens und Erleichterungen bei Privatisierungen. Als Fazit könne er zusammenfassen, die Furcht vor dem „wirtschaftlichen Tiger“ Slowakei sei also gerechtfertigt.

Abg. **Rodrigues** (Portugal) bezog sich auf die in vielen EU-Ländern beabsichtigten Steuerreformen und die Attraktivität eines harmonisierten EU-Steuersystems für ausländische Investoren. **Brocka** erläuterte, unter dem Druck der EU habe die Slowakei die indirekten Steuern erhöhen müssen. Es bestehe jedoch die Notwendigkeit, die direkten Steuern im Zuständigkeits- und Entscheidungsbereich der Länder zu belassen. Auf die Frage des Abg. **van Gennip** (Niederlande) erklärte **Brocka**, die hohe Arbeitslosigkeit sei auch ein Resultat des Zusammenbruchs der früheren Comecon-Länder. In der Slowakei habe die Verteidigungsindustrie eine wichtige Rolle gespielt, die sich stark reduziert habe. Er betonte die Attraktivität der Märkte in Osteuropa, auch aufgrund der engen Sprachgemeinschaft. Er wies ferner auf den großen Beitrag der Slowakei für friedenserhaltende Missionen hin.

Abg. **Cordy** (Kanada) interessierte sich für die Einführung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen. **Brocka** erklärte, man habe das alte Quotensystem mit der Festlegung der Anzahl der Krankenhäuser und Ärzte in einer Region abgeschafft.

Abg. **Wolfgang Börnsen** (Deutschland) dankte für den eindrucksvollen Bericht und fragte nach dem Kern der Reformpolitik. Er sprach die Reformbereitschaft und -fähigkeit der slowakischen Bevölkerung an. **Brocka** erklärte, das Kernstück sei die veränderte Mentalität in den Köpfen der Menschen und die Abkehr von der staatlichen Versorgung hin zu einer eigenen Verantwortung. Abg. **Robert Hochbaum** (Deutschland) fragte nach der Eindämmung der Schwarzarbeit angesichts der hohen Arbeitslosigkeit. **Brocka** verwies auf drei Maßnahmen: Der Arbeitslose müsse sich alle sieben Tage einmal beim

Arbeitsamt melden, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung seien gesenkt worden und würden damit zu einer höheren legalen Beschäftigung beitragen, und drittens die Verschärfung von Sanktionen.

Auf die Frage des Abg. **Hamilton** (Schweden) nach der Abhängigkeit der Energieversorgung durch Importe aus Russland entgegnete **Brocka**, durch den Privatisierungsprozess und technische Weiterentwicklungen sei die Abhängigkeit reduziert worden.

### III. Vortrag des Botschafters der Vereinigten Staaten in der Slowakischen Republik, **Ronald N. Weiser**

Botschafter **Weiser** betonte in seinem Vortrag zum Thema „Ein erweitertes Europa – stärkere transatlantische Beziehungen“ die Wichtigkeit des gemeinsamen Handels und die Unentbehrlichkeit der Beziehungen für die USA und die EU. Bei den meisten Themen überwiege Einigkeit und es gebe eine große gemeinsame Sicht auf den Mittleren Osten und Russland. Auch sei die Zusammenarbeit in der Förderung von Demokratisierungsprozessen ganz entscheidend. Die Einführung von Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten in den Ländern des Ostens sei ein wichtiger Punkt für weltweite Stabilität. Eine Veränderung in dieser Region sei nur durch eine Zusammenarbeit dieser Länder mit den USA und der EU möglich. Die USA hätten das Ziel, den Irak zu einem stabilen Land mit einer demokratischen Regierung zu machen. Man sei sich einig in diesen Zielen, es gebe keine Alternative zu einem Erfolg im Irak.

Abg. **Rodrigues** (Portugal) hinterfragte das neue strategische Konzept der USA eines „Größerer Mittlerer Osten“ von Marokko bis Pakistan. Es gebe enorme Unterschiede zwischen diesen Ländern. Botschafter **Weiser** verglich die Situation mit einem Europa vor 50 Jahren, wo es auch nur wenige Länder ohne angespannte Verhältnisse zueinander gegeben habe und Hilfe von außen kam, als man sie brauchte. Die Zusammenarbeit der USA und der EU für die Länder auf der Basis von gemeinsamen Zielen und die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Europa und einigen Ländern im Mittleren Osten sei dafür entscheidend. Abg. **van Gennip** (Niederlande) fragte nach der Möglichkeit der Überwindung von Spannungen, die sich aus den unterschiedlichen Ansätzen zu Fragen wie z. B. Kioto-Protokoll und Internationaler Strafgerichtshof ergeben. **Weiser** erklärte, die USA stimmten den meisten Teilen des Kioto-Protokolls und des Status des Strafgerichtshofes zu. Um Differenzen zu überwinden, müsse man sich zuerst einer gemeinsamen Grundlage bewusst sein. Sehr viele Abkommen seien auch schon einvernehmlich abgeschlossen worden. Fortschritt sei nur mit Kompromissen möglich, ein guter Wille auf beiden Seiten erforderlich. Abg. **Rodrigues** (Portugal) fragte nach der Position der USA zum EU-Beitritt der Türkei. **Weiser** erklärte, die USA unterstützten den Wunsch der Türkei nachdrücklich, aber die Entscheidung darüber läge bei der EU allein.

### IV. Vortrag des Professors für Internationale Sicherheit an der Universität in Lancaster, Vereinigtes Königreich, **Dr. Mark Duffield**, zum Thema: „Sozialer Wiederaufbau: Strukturen, Annahmen und Herausforderungen“

Es sei schwerer, dauerhaft Frieden zu schaffen als Kriege zu gewinnen, sei ein Leitmotiv in der Zeit nach dem Kalten Krieg geworden. An die Stelle der Angst vor einem nuklearen Krieg trat die Sorge um das Leben der Menschen und die Sicherheit der Menschheit als internationale politische Angelegenheit.

Nach dem Ende des Kalten Krieges werde die Entwicklungshilfe nicht mehr gewährt, um politische Loyalität zu belohnen, sondern in erster Linie, um die Armut zu bekämpfen. Die zunächst nur als humanitäre Hilfe gedachte Unterstützung werde zum sozialen Wiederaufbau genutzt. Zunehmend begründe man damit internationale Einsätze, insbesondere seit der Unterscheidung zwischen effizienten und ineffizienten Staaten: Wenn sie die Sicherheit ihrer Bevölkerung nicht mehr gewährleisten könnten, müsse die internationale Gemeinschaft einschreiten. Die Wiederherstellung der globalen Sicherheit sei das wichtigste Ziel.

Eine Veränderung in den Beziehungen zwischen nicht-staatlichen Akteuren, Staaten und internationalen Organisationen sei auch deshalb eingetreten, weil sich die zunächst zeitlich begrenzten Einsätze oft ausweiteten, da die Probleme weitaus komplizierter als anfangs gedacht seien, wie z. B. in Bosnien oder im Kosovo. Das führe auch zu einer wachsenden Politisierung der Rolle der Hilfskräfte, womit auch eine Zunahme von Angriffen auf Hilfsorganisationen zu erklären sei. Entwicklungshilfe werde damit zu einem neuen Instrument der Außenpolitik. Inzwischen werde ein Großteil der Hilfen für die Bekämpfung des Terrorismus und den Wiederaufbau in Afghanistan und im Irak aufgewendet. Durch die unterschiedliche Sicht der USA und der EU gebe es Probleme bei der Gewichtung der Hilfeleistungen. Wegen der drastisch steigenden Kosten für die Gewährleistung der Sicherheit z. B. durch private Sicherheitsdienstleister sei dieser Anteil inzwischen höher als der für die humanitäre Hilfe. Zusammenfassend äußerte **Dr. Duffield** die Hoffnung, dass die Menschenrechte wieder in den Mittelpunkt der Hilfeleistungen rücken.

Abg. **van Gennip** (Niederlande) nahm Bezug auf Erfolge in der Zeit nach der Konfliktbeendigung, wies auf die mögliche Überlappung von Zielsetzungen und Notwendigkeit der Bildung neuer Allianzen hin. Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) vertrat die Auffassung, es gebe im Irak sehr wohl auch eine humanitäre Krise. Er fragte nach den Kriterien für unilaterale und multilaterale Entscheidungen und die Rechtfertigung für einen Regimewechsel. **Dr. Duffield** erklärte, seine Darstellung beruhe auf der Einschätzung der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“. Legitimiert sei eine militärische Intervention, wenn sie positive Auswirkungen auf das Leben der Menschen

und auf die internationale Sicherheit hätten. Eine Überprüfung dieser Auswirkungen durch ein unabhängiges internationales Organ sei notwendig. Abg. **Wolfgang Börnsen** (Deutschland) erklärte, ein gesicherter Wiederaufbau müsse auch eine langfristige Friedenssicherung in den Mittelpunkt stellen. Abg. **Hamilton** (Schweden) ergänzte, durch den Einsatz von VN-Soldaten hätten die Länder oft nicht die Verantwortung, die innenpolitischen Probleme selbst zu lösen. **Dr. Duffield** hob hervor, die Frage sei, welches Organ das Recht habe und geeignet sei, zu beurteilen, wann eine Intervention gerechtfertigt sei, wer die Entscheidung treffen dürfe und wer das Resultat beurteile. Auf eine Frage des Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) erklärte **Dr. Duffield**, die gegenwärtige Definition des Terrorismus innerhalb der VN sei sehr unscharf. Daher bestehe die Gefahr, den Krieg gegen den Terrorismus auch als Grund für den Kampf gegen die rechtmäßige landeseigene Opposition zu benutzen.

**V. Entwurf eines Generalberichts über „Wiederaufbau und Entwicklung nach Konfliktbeendigung. Die Herausforderungen im Irak und in Afghanistan“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Jos van Gennip (Niederlande)**

Abg. **van Gennip** berichtete über das neu entstandene Problem der Hilfe für von Krieg zerrissenen Ländern. Wirtschaftliche Folgen dieser Konflikte seien Unsicherheit, Gewalttätigkeit und Zerstörung. Er betonte erneut den Zusammenhang von Entwicklung und Sicherheit. Ein Wiederaufbau sollte mit humanitärer Befriedung beginnen, gefolgt von einer Unterstützung der anderen Sektoren. Erst darauf aufbauend könnten makroökonomische Impulse eine Wirkung haben.

Abg. **Hamilton** (Schweden) wies darauf hin, Hyperinflation sei eine Hauptursache von Hungersnöten. Hier könne man nur mit makroökonomischen Lösungen ein Ziel erreichen. Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) bezog sich auf die Probleme von paramilitärischen Gruppen und den Drogenanbau in Afghanistan. Die Entstehung einer Zivilgesellschaft sei unter diesen Voraussetzungen schwierig. Abg. **van Gennip** (Niederlande) unterstützte die Notwendigkeit einer vernünftigen Alternative, um das Problem mangelnder Demokratie zu lösen.

Abg. **Boozman** (Vereinigte Staaten) und Abg. **Farkas** (Slowakei) betonten, die Mitgliedstaaten müssten Wiederaufbauteams zur Förderung des Stabilisierungsprozesses nach Afghanistan entsenden. Abg. **Lello** (Portugal) sah in den Aktionen der USA in der arabischen Region ein Zeichen von Arroganz und Ignoranz gegenüber diesen Ländern. Er befürwortete die Einbeziehung gemäßigter arabischer Staaten in den regionalen Stabilisierungsprozess. Abg. **van Gennip** (Niederlande) entgegnete, ein Rückzug könne keine Alternative für den Westen sein und auch Staaten, die nicht für eine Intervention gewesen seien, sollten Verantwortung übernehmen.

**VI. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Wirtschaftliche und handelspolitische Folgen von Migration und Produktionsverlagerung: Eine transatlantische Herausforderung“, vorgelegt von den Mitberichterstattern Abg. Mike Gapes (Vereinigtes Königreich) und John Tanner (Vereinigte Staaten)**

Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) berichtete für den abwesenden Abg. Gapes, der Bericht beschäftige sich mit den Auswirkungen des Handels im Rahmen der Diskussion über Migration und Outsourcing. Betrachtet würden die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Migration und die damit verbundenen Sicherheitsaspekte. Er wies auf die Geldbewegungen durch Überweisungen der Arbeitnehmer vom Aus- ins Heimatland hin und zeigte deren wirtschaftliche Bedeutung für diese Länder auf. Probleme bereiteten jedoch die Unterscheidung von privaten Überweisungen und solchen für terroristische Zwecke. Ferner mahnte er eine engere Zusammenarbeit in der EU in Asylangelegenheiten an und problematisierte das Ansteigen des Rentenalters. Er betonte, Gesellschaften müssten offen sein für Einwanderung, da die sozialen Folgen von geschlossenen Gesellschaften für alle negativ wären. Abg. **Tanner** (Vereinigte Staaten) berichtete über aktuelle Sachstände zu Handelsangelegenheiten im Kongress. Er unterstützte den Vorschlag von Pascal Lamy zur Abschaffung von EU-Exportsubventionen auf Agrarprodukte für eine Wiederbelebung der Doha-Runde. Thema war auch der von der Regierung eingeräumte Gastarbeiterstatus auf Zeit.

Abg. **Akgül** (Türkei) bat darum, die Türkei nicht mehr als Transitstaat in Absatz 62 des Berichts zu erwähnen, weil die illegale Einwanderung in diesem Gebiet zurück gegangen sei. Abg. **Rodrigues** (Portugal) erklärte, die illegale Einwanderung und deren Bekämpfung sei ein Hauptproblem in der EU, dem man sich stärker widmen müsse. Lösungsvorschläge wie z. B. die der Kommission zur Schaffung einer Koordination von Grenzkontrollen müssten einbezogen werden. Auch benötigten nicht alle Länder eine Einwanderung von Fachkräften. Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, die meisten Länder benötigten sowohl hoch- als auch weniger qualifizierte Kräfte. Er wies auf die Verbindung von illegaler Einwanderung, Menschenhandel und organisierter Kriminalität hin und sprach sich für eine stärkere Auseinandersetzung mit diesem Problem aus.

**VII. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit“ über „Der wirtschaftliche Übergang in Mittel- und Osteuropa und die umweltpolitische Dimension“, vorgelegt von Abg. Harry Cohen (Vereinigtes Königreich)**

Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) berichtete für den abwesenden Abg. Cohen. Die Schwerindustrien der Comecon-Staaten seien durch die ausschließliche Ausrichtung auf Produktion ohne Rücksicht auf die Umwelt



verantwortlich für starke Umweltschäden in diesen Ländern gewesen. Die Beitrittsverhandlungen und damit zusammenhängend die EU-Anforderungen hätten dann jedoch zu Veränderungen geführt. Wichtig sei nun die Entstehung eines Umweltbewusstseins in Mittel- und Osteuropa. Der Bericht prüfe auch die Umweltfolgen der Gemeinsamen Agrarpolitik und anderer relevanter Bereiche. Auch die neuen Herausforderungen für die Umwelt, wie erhöhtes Verkehrsaufkommen, Urbanisierung und Massentourismus würden beleuchtet.

Abg. **Farkas** (Slowakei) erklärte, sein Land beabsichtige, in den Jahren 2006 und 2008 jeweils ein Atomkraftwerk zu schließen. Außerdem sollten bis 2015 alle Kommunen über 2 000 Einwohner ein Klärwerk haben. Abg. **Petrescu** (Rumänien) erklärte, von der Umweltverschmutzung seien nicht nur Minderheiten, sondern die gesamte Bevölkerung betroffen. Die Probleme seien auch weit größer als vermutet, eine ungenügende Modernisierung der Industrie habe in über 40 Jahren dazu geführt, dass die Lebenserwartung in einigen Regionen sehr niedrig sei. Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) sprach sich gegen eine Politisierung des Themas mit Bezug auf das Erbe der Sowjetunion aus.

### VIII. Sonstiges

Es wurde mitgeteilt, der Besuch des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ in Lettland werde ins Jahr 2005 verschoben. Für die 2. Jahreshälfte 2005 sei ein Besuch in China geplant.

Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) bot einen Sonderbericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Mohnanbaus in Afghanistan an. Der Ausschuss nahm dieses Angebot an.

### Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit

#### I. Tagesordnung und Themen

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Sonntag, 30. Mai 2004, von 9.00 bis 18.00 Uhr unter dem Vorsitz von Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich). Hauptthemen waren die Stabilität in den drei Südkaukasischen Republiken zehn Jahre nach der Unabhängigkeit, die Aufrechterhaltung der zivilen Freiheiten und die wirksame Bekämpfung des Terrorismus sowie die Bekämpfung des Kinderhandels in Europa.

#### II. Vortrag des Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte, Minderheiten und Geschlechtergerechtigkeit des slowakischen Parlaments, Abg. László Nagy

Abg. **László Nagy** erläuterte die Minderheitenproblematik in der Slowakei unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Ungarn und Roma. Die ungarische Minderheit mache 2 Prozent der slowakischen Bevölkerung aus und umfasse ca. 50 000 Personen, die hauptsächlich im südlichen Teil des Landes in den Grenzregionen zu Un-

garn lebten. Die Region zeichne sich durch hohe Arbeitslosigkeit aus. Die ungarische Minderheit beeinflusse dennoch stark die Innenpolitik und sei sozial wie politisch in die Gesellschaft integriert. Die Situation der Roma hingegen, die 5 bis 7 Prozent der Bevölkerung ausmache, sei sehr schwierig. 300 000 bis 400 000 Roma lebten in der Regel isoliert von der slowakischen Bevölkerung ohne jegliche Integration im Osten und Süden der Slowakei. Die Arbeitslosenquote liege bei 80 bis 90 Prozent. Die Gesellschafts- und Sozialstruktur sei häufig sehr schlecht. Ein Regierungsprogramm zum Abbau der Benachteiligung und zur Erzielung von Chancengleichheit solle Abhilfe schaffen. Bezüglich der Roma sei eine wirkungsvolle Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft notwendig.

Zu Beginn der Diskussion gab Abg. **Kazak** (Bulgarien) zu bedenken, die Problematik der Roma sei nicht nur auf die Slowakei zu beschränken. Er schlug vor, zur Regelung der Roma-Minderheit einen internationalen Solidaritätsfonds innerhalb der EU zu schaffen. Auf die Frage von Abg. **Clapham** (Vereinigtes Königreich), ob die Minderheiten ihre eigene Kultur beibehalten könnten oder ihnen die slowakische Kultur aufgedrängt werde, versicherte Abg. **Nagy**, es werde keine Homogenisierung der slowakischen Gesellschaft, sondern vielmehr eine kulturelle Vielfalt des Landes angestrebt. Abg. **Wolfgang Börnsen** (Deutschland) bekräftigte, wichtiger Bestandteil einer Minderheitenpolitik sei neben der Integration in die Gesellschaft das Entgegenbringen von Respekt für die kulturelle Identität. Der Minderheitenschutz könne nicht verordnet werden, sondern erfordere den schwierigen Abbau von Diskriminierungstraditionen in den Köpfen der Menschen. Auf seine Frage nach den Bemühungen der Slowakei zum Umgang mit Sprachminderheiten erläuterte Abg. **Nagy**, ein diesbezügliches Gesetz sei bereits in Vorbereitung. Die Medien hätten zwar die ungarische Sprache in einigen Fernseh- und Radiosendungen integriert, seien aber gegenüber anderen Sprachminderheiten noch blind. Sendungen für Roma oder die ukrainische Minderheit gebe es beispielsweise nicht.

#### III. Entwurf eines Generalberichts über „Stabilität in den drei Südkaukasischen Republiken – zehn Jahre nach der Unabhängigkeit: Leistungen und neue Herausforderungen“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Abg. Verena Wohlleben (Deutschland)

Abg. **Verena Wohlleben** stellte ihren Bericht vor. Sie wies darauf hin, sich als Referenz an die Originalfassung des Berichtsentwurfs in französischer Sprache zu halten, da es im Zuge der Übersetzung – insbesondere bei der englischen Version – bedauerlicherweise zu einigen Unexaktheiten und Druckfehlern gekommen sei. Bis zur Jahrestagung in Venedig werde der Bericht jedoch ergänzt und aktualisiert. Insbesondere die Eindrücke des für die zweite Jahreshälfte geplanten Besuchs des Ausschusses in Armenien und Georgien sowie das Rose-Roth-Seminar im Herbst in Aserbaidschan sollten mit in den Bericht einfließen. Ziel des Berichtsentwurfs sei es, ein

Bild von der Entwicklung der gesamten Region in der letzten Dekade zu zeichnen und auf kommende Herausforderungen hinzuweisen. Aufgrund dieses regionalen Ansatzes könne der Bericht nicht im Detail und erschöpfend auf ein bestimmtes Land oder eine bestimmte Problematik eingehen, sodass viele Aspekte nur gestreift werden könnten.

Abgeordnete aus Aserbaidschan, Russland, Portugal und der Türkei kündigten an, ihre Änderungsvorschläge schriftlich einzureichen. Abg. **Zhukov** (Russische Föderation) kritisierte den regionalen Ansatz des Berichtes, der zu pauschal geraten sei, ohne auf die Besonderheiten einzelner Staaten einzugehen. Abg. **Rebello** (Portugal) warf die Frage auf, ob die in Ziffer 52 genannten Terrorgruppen möglicherweise Verbindungen zu Al Quaida hätten und erkundigte sich, ob die Berichterstatterin ein politisches oder sogar militärisches Engagement der NATO in der Region für sinnvoll halte. Abg. **Verena Wohlleben** betonte, an eine militärische Rolle der NATO in der Region sei nicht gedacht und das werde in der Überarbeitung des Berichts klargestellt. Sie sagte zu, die Anregung des Präsidenten der OSZE-PV, Bruce George (Vereinigtes Königreich), die Projekte der OSZE in der Region über die erwähnten Ergebnisse der Wahlbeobachtungen hinaus, stärker in den Bericht einzubinden. Abg. **Shahgeldyan** (Armenien) kritisierte Ungenauigkeiten des Berichts über den Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien. Abg. **Cebeci** (Türkei) wies auf die für die Stabilität der Region wichtige Kooperation seines Landes mit Aserbaidschan hin. Abg. **Verena Wohlleben** stimmte mit Abg. **Zhukov** überein, Russland spiele eine bedeutende Rolle bei der Stabilisierung der Region. Abg. **Masacova** (Slowakei) betonte die Rolle Russlands bei der Lösung der festgefahrenen Konflikte der Region und stellte fest, dass die Überlegungen der EU, die Region in die europäische Nachbarschaftspolitik aufzunehmen, als Erfolg für die Region zu werten sei.

#### **IV. Vortrag des Vorsitzenden der weißrussischen Volksfront und Sprecher der Volkskoalition „Fünf Plus“, Vincuk Viacorka, zum Thema: „Die Perspektiven der weiteren Entwicklung in Weißrussland unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Wahlen im Oktober 2004“**

**Vincuk Viacorka** berichtete den Ausschussmitgliedern über die derzeitige Situation in Weißrussland vor den Wahlen am 20. Oktober 2004. Nach wie vor sei das Land unter der autoritären Führung des Präsidenten Lukaschenko durch Missachtung von Demokratie und Menschenrechten, Verfolgung von Oppositionellen, Unterdrückung einer unabhängigen Justiz und der Meinungs- und Pressefreiheit geprägt. Die selbst auferlegte Politik der Isolierung zu den mittlerweile der EU angehörigen Nachbarstaaten stehe im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Interessen des Landes. Heute lebten 30 bis 40 Prozent der Menschen in Belarus unter der Armutsgrenze. Aufgrund dieser Umstände schwinde die Unterstützung für die Regierung und steige die Popularität der demokratischen

Parteien. Auch wenn zu befürchten sei, dass die Wahlen im Oktober manipuliert werden, planten die demokratischen Parteien, dieses Mal die Wahlen nicht zu boykottieren. **Viacorka** stellte das Wahlprogramm der unabhängigen Volkskoalition „Fünf Plus“ vor.

In der Diskussion machte Abg. **Jukneviene** (Litauen) auf das fehlende europäische Engagement in Weißrussland aufmerksam und wurde darin von **Viacorka** unterstützt, der sich ebenfalls für eine intensivere EU-Nachbarschaftspolitik aussprach und zu Kontakten zwischen den Zivilgesellschaften europäischer Staaten und Weißrussland ermunterte. **Viacorka** bekräftigte, Druck aus Europa und den USA sei dringend erforderlich, um die Situation in Weißrussland zu verbessern.

#### **V. Entwurf eines Generalberichts über „Aufrechterhaltung der zivilen Freiheiten und wirksame Bekämpfung des Terrorismus: Ist das möglich?“, vorgelegt von Generalberichterstatter Petre Roman (Rumänien)**

Die Vorsitzende des Ausschusses Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) stellte für den aus dem Parlament ausgeschiedenen Abg. Petre Roman den Bericht vor. Die Vorsitzende Abg. **Mahon** regte an, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, aber nicht bis zur nächsten Tagung in Venedig weiterzuführen. Eine Reihe von Delegierten sprach sich dafür aus, Petre Roman schriftlich für seine geleistete Arbeit zu danken.

Abg. **Cordy** (Kanada) und Abg. **Rebello** (Portugal) kritisierten, der Bericht sei trotz der informativen und nützlichen Schlussfolgerungen in seinen Ausführungen zu pessimistisch geraten und beinhalte zu korrigierende Voreingenommenheiten gegenüber den USA. Abg. **Schirinovskyi** (Russische Föderation) vertrat die Ansicht, Einschränkungen von Grundfreiheiten müssten aus Sicherheitsgründen im Kampf gegen den Terror möglich sein. Abg. **Lilletun** (Norwegen) unterstrich, der Bericht erinnere daran, dass Terrorismus nicht mit dessen eigenen Methoden und nur unter Wahrung der Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien erfolgreich bekämpft werden könne. Abg. **Clapham** (Vereinigtes Königreich) bekräftigte, die Wahrung der individuellen Freiheiten und Grundrechte sei langfristig die wirksamste Waffe gegen Terrorismus.

#### **VI. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Die Bekämpfung des Kinderhandels in Europa“, vorgelegt von Berichterstatter Gudmundur Arni Stefánsson (Island)**

Abg. **Gudmundur Arni Stefánsson** stellte seinen Generalbericht vor. Er forderte, Europa müsse sich als größter Nachfrager seiner Verantwortung für das Problem des Kinderhandels bewusst sein und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Die Problematik des Menschenhandels hänge eng mit der des Waffenschmuggels und des Terrorismus zusammen und müsse umfassend auf internationa-

ler Ebene gelöst werden. In der Diskussion nahm er den Hinweis von Abg. **Lupoi** (Rumänien) auf, dass die „Importeure“ des Kinderhandels aus den westlichen Staaten im Bericht unerwähnt blieben, obwohl das Schengengebiet den wichtigsten Markt für den Kinderhandel darstelle. Abg. **Stefánson** stimmte der Anregung von Abg. **Lord Joplin** (Vereinigtes Königreich) zu, der Bericht müsse um die Thematik der Prävention ergänzt werden.

#### IV. Vortrag von zwei Mitgliedern der Versammlung im Kosovo, Oliver Ivanovic und Alush Gashi

Die Mitglieder der Versammlung im Kosovo **Ivanovic** und **Gashi** berichteten über die aktuelle Lage im Kosovo und über die Ausschreitungen im Land gegen die serbische Minderheit im März dieses Jahres. **Gashi** konstatierte, der KFOR sei es nicht gelungen, eine wesentliche Entmilitarisierung des Landes, die Beendigung des illegalen Waffenhandels und die wirksame Bekämpfung des organisierten Verbrechens herbeizuführen. Er kritisierte die unzureichende Vorbereitung der deutschen KFOR-Truppen auf die Angriffe im März 2004. Er machte auf die Versäumnisse und Unzulänglichkeiten der Behörden bei der Strafverfolgung der Täter aufmerksam. Abg. **Ivanovic** bekräftigte, eine entscheidende Rolle für die Weiterentwicklung des Kosovo sei eine starke NATO-Präsenz im Land.

In der Debatte äußerte Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland), die Schilderungen zeigten, wie schwierig eine Lösung der Probleme im Kosovo sei, solange die beteiligten Parteien nicht in der Lage seien, sich von gegenseitigen Schuldzuweisungen zu lösen. Er wies auf die Gefahren eines Rückzugs der internationalen Staatengemeinschaft hin und widersprach der Einschätzung **Ivanovics**, lediglich eine kleine Minderheit sei an den Übergriffen auf die serbische Minderheit beteiligt gewesen. Nach Einschätzung der NATO und VN hätten ca. 35 000 bis 60 000 Menschen an den die Ausschreitungen begleitenden Demonstrationen teilgenommen und so die Gewalttäter durch eine Form der breiten Solidarisierung geschützt und unterstützt. Abg. **Lilletun** (Norwegen) ergänzte und stimmte Abg. **Winfried Nachtwei** zu, die Übergriffe dieses Jahr seien auch auf die Gräueltaten der serbischen Einheiten aus dem Jahr 1999 im Kosovo zurückzuführen, die in beiden Berichten keinerlei Erwähnung fänden. Abg. **Oldashi** (Albanien) wies Vorwürfe zurück, Tirana oder Pristina wollten ein „Großalbanien“ schaffen.

### Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

#### I. Tagesordnung und Themen

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am 29. Mai 2004 unter dem Vorsitz von Senator **Nolin** (Kanada) zusammen und beriet über die Proliferation von Nuklearwaffen und weltraumgestützte Waffen- und Abwehrsysteme.

#### II. Vortrag des Vorsitzenden des Slowakischen Nuklearforums und Aufsichtsratsmitglieds von FORATOM, Tibor Mikuš

Abg. **Mikuš** erläuterte den Ausschussmitgliedern die Nuklearenergiepolitik seines Landes. Eingangs wies **Mikuš** darauf hin, dass die EU jedem Mitgliedsland das Recht einräume, souverän über seine Energiegewinnung zu entscheiden. Da die Slowakei keine Primärenergiequellen habe, und eine zuverlässige Energieversorgung das A und O in jedem Land sei, habe sich die Slowakei, die in der Vergangenheit 90 Prozent ihres Energiebedarfs durch Importe habe decken müssen, für die Kernenergie entschieden. Mit dem erhofften Zuwachs des BSP gehe ein Mehrbedarf an Energie einher.

Die Sicherheitsstandards der slowakischen KKW's entsprächen denen der fortschrittlicheren Länder der EU. Was die Häufigkeit von Zwischenfällen laut INES-Kriterien anbelange, sei denen zufolge in der Slowakei kein einziger Störfall eingetreten. Internationale Studien belegten, dass die slowakischen AKW's in punkto Zuverlässigkeit, Qualität und Sicherheit denen anderer westlicher Länder gleichkämen. Mit ihrem Ja zur Kernkraft habe sich die Slowakei zugleich den strikten internationalen Normen und Bestimmungen unterworfen.

#### Diskussion

In der anschließenden Aussprache kritisierte **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), dass beim Vortrag die Diagramme zur Beseitigung des radioaktiven Abfalls rasch übersprungen worden seien. **Lord Jopling** wollte wissen, was mit diesem Abfall geschehe und ob es in der Slowakei Pläne für eine Endlagerung gäbe. **Mikuš** antwortete, es gäbe schwach-, mittel- und hochradioaktiven Abfall; diesen entsorge die Slowakei nach internationalem Standard. Wie Frankreich lagere die Slowakei mittelradioaktiven Abfall in Stahlcontainern, die wiederum würden zementummantelt in nationalen Lagerstätten, die einer strengen Überwachung unterliegen, eingelagert. Intensiv beobachte die Slowakei die Forschungen zur Wiederaufbereitung. Was die Endlagerung betreffe, stehe eine Lösung noch aus; bis dahin werde der Abfall in Russland zwischengelagert. Abg. **Rivière** (Frankreich) erkundigte sich danach, ob die Lagerstätten ausreichend gegen Terrorattacken gesichert seien. **Mikuš** verwies in seiner Antwort auf die vielfältigen Sicherheitsmaßnahmen: insbesondere physische Schranken, Polizeipatrouillen und Überflugverbote. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) schickte seiner Frage die Bemerkung voraus, die Katastrophe von Tschernobyl habe deutlich gemacht, wie grenzüberschreitend Schäden sein könnten und wie sehr es auf internationale Kooperation ankomme. Zur Endlagerung gab Abg. **Lothar Ibrügger** zu bedenken, dass sie weder in den USA noch in Deutschland endgültig geklärt sei und fragte in diesem Zusammenhang, wie denn der Transport hochradioaktiver Abfälle bewerkstelligt werde.

**Mikuš** räumte ein, dass es in der Slowakei noch keine Endlagerstätten gebe, man aber auf Zukunftstechnologie setze, die ein Recycling abgebrannter Brennelemente möglich machen werde. Was den Transport des Abfalls nach Russland anbelange, wisse er um die besonderen Probleme in Deutschland bei den Castoren. Auch die slowakischen Behälter würden entsprechend den internationalen Sicherheitsstandards per Bahn transportiert, die Übergabe an die Sicherheitskräfte der betroffenen Länder erfolge lücken- und reibungslos; die ihm aus Deutschland bekannten Probleme gebe es somit in der Slowakei nicht. Auf die Frage des Abg. **Gimalow** (Russische Föderation), ob es bei den geplanten Privatisierungen slowakischer Kernkraftanlagen keine Sicherheitsbedenken gebe, antwortete **Mikuš**, er sehe keine Beeinträchtigungen.

### III. Entwurf eines Generalberichts über „Verbreitung von Atomwaffen“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Nolin (Kanada)

Eingangs erläuterte Senator **Nolin**, er habe die Berichterstattung übernommen, weil die bisherige Berichterstatterin **Riera** (Spanien) nicht wieder ins Parlament gewählt worden und damit aus der NATO-PV ausgeschieden sei. In der Zusammenfassung verwies **Nolin** auf die Besorgnis erregende Gefahr durch Nukleartechnik, die auf dem Schwarzmarkt weltweit gehandelt werde. Zur Verschärfung der Nichtweiterverbreitung gebe es zwei Ansätze: die von Präsident Bush propagierte Lösung favorisiere von kleineren Ländergruppen – sprich NATO – durchzuführende Ansätze zur Verschärfung von Exportkontrollen. Demgegenüber präferiere IAEO-Generaldirektor el-Baradei multinationale Lösungen. Für die Herbsttagung stellte Berichterstatter **Nolin** in Aussicht, auf der Grundlage der o. e. Auffassungen eine eigene Position gemeinsam mit den Ausschussmitgliedern zu erarbeiten.

#### Diskussion

In der anschließenden Diskussion bekundete Abg. **Lello** (Portugal) seine Besorgnis über Schwarzhandel mit Nuklearmaterial unter dem Deckmantel eines legalen Unternehmens und forderte ein härteres Vorgehen. Der Ausschussvorsitzende hielt striktere Exportkontrollen für ein wirksames Mittel und setzte sich darüber hinaus für einen verbesserten Informationsaustausch über Firmen, die doppelt verwendbare Produkte herstellen, ein. Abg. **Gimalow** (Russische Föderation) bemängelte, dass der russische Anteil an dem iranischen Nuklearprogramm in dem Bericht überbewertet werde. **Gimalow** verwies darauf, dass die IAEO dem Iran keine Verletzung des NPT habe nachweisen können. Der Vorsitzende **Nolin** kündigte an, im Schlussbericht auf die Sicherung radioaktiven Abfalls in Russland eingehen zu wollen und bat Abg. **Gimalow**, zu diesem Aspekt den Ausschussmitgliedern einen Beitrag zu liefern. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) bezeichnete es als höchst fragwürdig, dass zivil genutzte Kernkraftwerke im Iran sich auf Militärstützpunkten befänden bzw. von Militärs beaufsichtigt

würden. Bei den Kontrollregimes fand **Lord Jopling** die Initiative zur Globalen Partnerschaft sowie die Initiative zur Proliferationssicherheit in dem Bericht unzureichend berücksichtigt. Der Berichterstatter stellte eine ausführliche Darstellung dieser beiden Initiativen für den Schlussbericht in Aussicht.

### IV. Vortrag des Vizepräsidenten, Robert Bell, von „European Business Development“, SAIC, Brüssel, zum Thema „Herausforderungen der NATO bei der Flugkörperabwehr“

Als wichtige Zwischenetappe zur Umsetzung des „Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence (ALTBMD)“-Programms bezeichnete **Bell** die Zustimmung der Nationalen Rüstungsdirektoren zu den damit verbundenen Personalanforderungen sowie die Billigung des „Concept of Operations“ durch den Militärausschuss der NATO. Beide Entscheidungen dienten der Umsetzung des Prager Gipfels hinsichtlich einer neuen Machbarkeitsstudie zur Flugkörperabwehr der NATO. Trotz der jüngsten Fortschritte in diesem Bereich dürfe dieser schwer erkämpfte Konsens innerhalb der NATO in den kommenden sechs Jahren bis zur Erstdislozierung nicht aufgeweicht werden. Insbesondere gelte es, eine gemeinsame Gefahreinschätzung beizubehalten, Barrieren beim Technologietransfer zu überwinden und im Konsens über konkrete Dislozierungen und deren Finanzierung zu befinden. Insgesamt positiv beurteilte **Bell** die Anstrengungen der NATO, ihre integrierten Luftverteidigungssysteme durch TMD-Schutz zu stärken, die von zwei Maßnahmen flankierend begleitet werden müssten: Die strategischen Kommandos unter der Führung der neuen „Allied Command Transformation“ müssen TMD-Fähigkeiten vorantreiben. Zusätzlich sollte diese Entscheidung von dem Istanbul Gipfel untermauert werden. Wegen der inhaltlichen Nähe bat der Ausschussvorsitzende Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland), seinen Bericht über „Flugkörperabwehr und Weltraumgestützte Waffen“ vorzuziehen, damit anschließend über beide Berichte gemeinsam diskutiert werden könne.

### V. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ über „Flugkörperabwehr und weltraumgestützte Waffen“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Lothar Ibrügger (Deutschland)

Aus seinem Bericht fasste Abg. **Lothar Ibrügger** zusammen, dass die aus der Weiterverbreitung von ballistischen Flugkörpern erwachsende Bedrohung zwar ernst, aber nicht unmittelbar sei. Zu Recht hätten die NATO-Länder mit der Dislozierung effizienter TMD reagiert. Dies sei um so notwendiger, als sich die NATO verstärkt in gefährlichen Regionen militärisch engagiere. Gleichwohl drehe sich die Spirale weiter: „states of concern“ wie auch Terrorgruppen würden mit ausgefeilteren UAVs auf die dislozierte neueste Raketenabwehr reagieren. Als

Erfolg versprechende Reaktion darauf bewertete der Berichterstatter die Stärkung des MTCR und die Einbeziehung weiterer Länder in die HCOC. Ergänzend dazu empfahl er politische, diplomatische und vertrauensbildende Maßnahmen.

### Diskussion

In der anschließenden Diskussion machte Baroness **Ramsay** (Vereinigtes Königreich) darauf aufmerksam, dass die militärische Nutzung des Weltalls nicht zwangsläufig eine Stationierung von Waffen bedeute. Ihrer Meinung nach verfälschten die Abschnitte 47 bis 51 des Ibrügger-Berichts die laufenden Forschungsvorhaben in den USA dahingehend, dass sie eine Dislozierung dieser Waffen implizierten. Abg. **Rivière** (Frankreich) forderte nachdrücklich, bei der Fortschreibung des Berichts die Möglichkeit der Nutzung von UAVs für terroristische Zwecke zu untersuchen. Dass UAVs für zivile Zwecke problemlos erworben werden könnten, sei ein weiterer Grund zur Beunruhigung. Abg. **Brignone** (Italien) ergänzte, der Terroranschlag vom 11. September habe gezeigt, wie weit das Spektrum des Terrorarsenals sei, letztlich könne man auch den Einsatz biologischer Stoffe nicht ausschließen. Abg. **Gimalow** (Russische Föderation) räumte ein, dass die Entwicklung von Weltraumwaffen durch die Vereinigten Staaten unausweichlich sei und machte in diesem Zusammenhang auf Folgendes aufmerksam: Die Auswirkungen von Aktivitäten privater Firmen im Weltraum sollten stärker im Mittelpunkt stehen. Viele private Rüstungsfirmen – US-amerikanische allen voran – operierten außerhalb internationaler Verpflichtungen und letztlich mahnte **Gimalow** eine intensivere Befassung mit dem Thema Weltraumschrott an.

Auf die Kommentare seiner Ausschusskollegen eingehend gab Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) zu bedenken, der Gegner werde immer kostengünstige wirksame Mittel und Wege finden, Verteidigungseinrichtungen zu unterlaufen; nie werde man den Zustand optimalen Schutzes und absoluter Sicherheit erreichen. Was den militärischen Aspekt anbelange, müsse der Ausschuss die technologische Machbarkeit und Effizienz von TMD-Systemen untersuchen. Dessen Ergebnis sollte der Versammlung insgesamt zur Kenntnis gebracht werden.

**Bell** verdeutlichte den Ausschussmitgliedern, dass sich das TMD-Programm der NATO ausschließlich auf ballistische Flugkörper beziehe. Auf dem Prager Gipfel hätten sich die Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, den Schwerpunkt auf ballistische Flugkörper zu setzen, dabei jedoch Marschflugkörper und UAV's nicht aus den Augen zu verlieren. **Bell** befürwortete einen vielschichtigen Ansatz, d. h. den Kernbedarf decken und multilaterale Abkommen verstärken.

### VI. Zukünftige Aktivitäten

Zum Ende der Sitzung informierte der stellvertretende Ausschussvorsitzende **Rivière** (Frankreich) seine Kollegen über die Möglichkeit, auf Kourou den Start der Ariane 5 zu beobachten. Ariane-space habe vorgeschla-

gen, ein entsprechendes Programm – um den 15. Dezember – vorzubereiten, was von den Ausschussmitgliedern positiv aufgenommen wurde.

### Plenarsitzung

#### Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Douglas Bereuter (Vereinigte Staaten)

Präsident **Bereuter** eröffnete die Sitzung und betonte deren historischen Charakter. Erstmals würden nach dem NATO-Beitritt Vertreter sieben weiterer Staaten an der Sitzung der Versammlung, ergänzt um die assoziierten Mitglieder und Beobachter aus 21 Staaten, teilnehmen. Die Aufnahme ehemaliger kommunistischer Staaten aus Zentral- und Osteuropa in die NATO sei einer der größten Erfolge in der Bündnisgeschichte seit dem Ende des Kalten Krieges. An diesem Erfolg habe auch die Parlamentarische Versammlung der NATO bedeutend mitgewirkt. Sie habe bereits 1989 Parlamentarier aus den damals noch kommunistischen Parlamenten Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei eingeladen, um ihnen die Beobachtung der Parlamentarischen Versammlung und die Kontaktaufnahme mit westlichen Parlamentariern zu ermöglichen. Bereits drei Jahre vor Gründung der NATO-Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ im Jahr 1993 habe die Parlamentarische Versammlung entschieden, den Status „assoziiertes Mitglied“ einzuführen, um Parlamentariern aus diesen Ländern die regelmäßige Sitzungsteilnahme zu ermöglichen. Unterstützt worden sei die weitere Entwicklung auch durch die im Jahr 1991 von der Parlamentarischen Versammlung ins Leben gerufene Reihe von Fortbildungsveranstaltungen, die heute unter dem Namen Rose-Roth-Seminare weitergeführt würden. Die Parlamentarische Versammlung habe wiederholt ihre Unterstützung für eine NATO-Erweiterung geäußert. Der NATO sei es gelungen, nicht nur für ihre Mitgliedstaaten Garant für Freiheit und Sicherheit zu sein, sondern es sei gelungen, diese auch erfolgreich auf neue Staaten zu erstrecken.

Im Hinblick auf den NATO-Erweiterungsgipfel im Jahr 2007 bekräftigte er, der Beitritt zur NATO müsse auch künftig allen europäischen Staaten offen stehen, wenn sie neben dem Willen, dem Bündnis beizutreten, die Mitgliedsvoraussetzungen und -standards erfüllen. Vorrangig seien dabei zunächst die Bemühungen der Kandidaten des „Membership Action Plans“ – Albanien, Kroatien und Mazedonien – zu unterstützen. Diese Staaten seien bereits jetzt enge Verbündete, wie ihre Beteiligung an der ISAF-Operation der NATO zeige. Auf dem Istanbul Gipfel im Juni dürfte der nächste Erweiterungsgipfel nicht später als für das Jahr 2007 terminiert werden.

Die Bemühungen der Ukraine für einen NATO-Beitritt werden von der Parlamentarischen Versammlung begrüßt. Für einen möglichen NATO-Beitritt des Landes sei jedoch die Entwicklung in den nächsten Monaten mit den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 ein wichtiger Prüfstein für die demokratischen Fortschritte des Landes.

Die Diskussion über die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan sei zum wichtigsten Thema dieser Tagung geworden. Es könne nicht genügend betont werden, wie kritisch die nächsten Wochen für Afghanistan und damit die Glaubwürdigkeit des Bündnisses seien. Obwohl nur ca. zwei Prozent der verfügbaren europäischen NATO-Kräfte in Afghanistan eingesetzt würden, seien erhebliche Ausfälle in Personal und Ausrüstung zu beklagen. Ursache sei der fehlende politische Wille. Sollten die NATO Mitgliedstaaten nicht schnell ihren zugesagten Verpflichtungen nachkommen, bestünde die ernsthafte Gefahr eines Scheiterns des Bündnisses in Afghanistan. Präsident **Bereuter** appellierte an alle Parlamentarier, ihre Regierungen nachdrücklich zur Einhaltung ihrer Zusagen und Versprechen aufzufordern und die entsprechenden Mittel schnellstmöglich bereitzustellen.

#### **Rede des Präsidenten des Nationalrates der Slowakischen Republik, Pavel Hrušovský**

In seiner Rede führte Präsident **Hrušovský** aus, sein Land habe das Vertrauen und die Verantwortung, die es durch den NATO-Beitritt erlangt habe, benötigt. Die Erweiterung der NATO sei zunächst für die neuen Mitgliedstaaten ein Traum gewesen. Schließlich hätten sich aber die Visionäre als Realisten erwiesen. Durch die NATO-Erweiterung sei eine neue Dimension der Sicherheit erreicht worden, die über die Erhöhung der Zahl der Mitgliedstaaten und Bevölkerungszahlen weit hinausgehe. Der neue Feind des Bündnisses sei nach dem Kalten Krieg der Terrorismus, der unversöhnlich und gefährlich sei.

Eine neue Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses sowie zwischen den USA und Europa sei notwendig, um den neuen sicherheitspolitischen Gefahren zu begegnen. Russland müsse dabei unbedingt in die Zusammenarbeit einbezogen werden, ebenso die östlichen Nachbarn der Allianz. Präsident **Hrušovský** warnte vor einer politischen Spaltung zwischen den USA und Europa. Die Partnerschaft sollte sich ihrer gemeinsamen Wurzeln und der erfolgreichen Zusammenarbeit in der Vergangenheit erinnern und daraus gestärkt hervorgehen. In Bezug auf die Parlamentarische Versammlung der NATO verwies er auf Entscheidungen der Versammlung, die häufig Grundlage für späteres Regierungshandeln waren.

#### **Ansprache des Premierministers der Slowakei, Mikulas Dzurinda**

Der Premierminister **Dzurinda** dankte für die Aufnahme seines Landes in die NATO und erinnerte daran, dass eine Tagung der Versammlung in seinem Land noch vor fünf Jahren unmöglich gewesen wäre. Für die neuen Mitgliedsländer seien die Europäische Union und die NATO eine Tatsache geworden. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus würden auch kleine Länder wie die Slowakei ihren Beitrag leisten. Aufgrund der Erfahrungen des Kalten Krieges werde sein Land zum Fürsprecher transatlantischer Ideen und der Geist der transatlantischen Einheit dürfe nicht infrage gestellt werden. Im Anschluss an seine Ansprache antwortete Premierminister

**Dzurinda** auf die Frage des Senators **Pastusiak** (Polen), wie die Slowakei und Polen mit der Ukraine zusammenarbeiten könnten. Er betonte, dass die Slowakei gemeinsam mit den Visegradstaaten an der Entwicklung eines politischen Dialogs mit der Ukraine arbeiten werde. Es gebe vielfältige Aktivitäten mit der Ukraine nicht nur auf der Ministerebene, sondern auch auf kommunaler Ebene. Gefragt nach seiner Einschätzung der Lage im Kosovo unterstrich er, dass ethnische Säuberungen inakzeptabel seien und die Standards eingehalten werden müssten, bevor über den Status des Kosovo eine Entscheidung gefällt werden sollte. Gefragt, ob die Slowakei dem Beispiel Spaniens folgen und ihre Truppen ebenfalls aus dem Irak abziehe werde, antwortete der Premierminister, dass ein Rückzug der slowakischen Truppen zum jetzigen Zeitpunkt aus dem Irak verhängnisvoll wäre. Er hoffe auf eine Resolution des Sicherheitsrates, die auch den Interessen solcher Staaten dienen könnte, die noch keine Truppen in den Irak entsenden.

#### **Ansprache des Generaldirektors der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Dr. Mohamed el-Baradei**

In seiner Ansprache ging Generaldirektor **Dr. Mohamed el-Baradei** auf die wachsende Unsicherheit in der Welt und den fehlenden Sicherheitsschirm ein. Die zentrale Botschaft seines Vortrages war der Appell an die NATO, von der Strategie der nuklearen Abschreckung abzurücken. Es seien klare Signale vonseiten der Nuklearstaaten notwendig. Ansonsten strebten auch die Länder, die noch nicht im Besitz von Nuklearwaffen seien, nach Massenvernichtungswaffen. Der Nuklearterrorismus bereite allen Staaten große Sorge und man befinde sich in einem Wettlauf mit der Zeit. Terroristen ließen sich nicht abschrecken. Daher sei das System des Objektschutzes von Nuklearanlagen zu beschleunigen. Die Exportkontrollen seien kein tragendes Element mehr, da in vielen Ländern keine wirksame Kontrolle der Grenzen mehr möglich sei und demzufolge der Schwarzmarkt mit spaltbarem Material blühe. Globale Maßnahmen müssten verbindlich gemacht und der Brennstoffkreislauf multilateralisiert werden. Er kritisierte, dass bei einem Verstoß gegen den Nichtverbreitungsvertrag, wie im Falle von Nordkorea, der Sicherheitsrat nicht reagiere. Das System könne ohne glaubwürdige Kontrolle nicht am Leben gehalten werden.

Eingehend auf die Situation in einzelnen Ländern erinnerte er daran, dass das Zusatzprotokoll zum Verifizierungsvertrag nur von 54 Staaten ratifiziert worden sei. Das libysche Nuklearprogramm sei gut unter Kontrolle, wohingegen im Irak die Kontrollen immer noch nicht zum Abschluss gelangt seien. Im Iran habe man keine konkreten Beweise für die Verknüpfung des zivilen Einsatzes von spaltbarem Material mit militärischen Zwecken gefunden, die Inspektionen seien aber noch nicht abgeschlossen. Dessen Streben, den nuklearen Brennstoffkreislauf vollständig zu beherrschen und die Entdeckung zuvor nicht gemeldeter nuklearer Aktivitäten habe weltweit große Besorgnis ausgelöst. Iran habe sich zur vollen Kooperation mit der Internationalen Atomenergiebehörde zur Aufklärung noch offener Fragen, zur

Zeichnung und vorläufigen Anwendung des IAEA-Zusatzprotokolls sowie zur Aufgabe seiner Aktivitäten bei der Urananreicherung und -wiederaufbereitung bereit erklärt. Zunächst sei es dessen souveräne Entscheidung, trotz vorhandener Ölvorkommen auch auf den Einsatz von Kernenergie zu setzen. Seine Behörde habe die Aufgabe, dessen friedliche Nutzung zu überprüfen.

Auf die Frage des Senators **Nolin** (Kanada) zur Einbindung von Nichtregierungsorganisationen unterstrich der Generaldirektor, dass seine Behörde offen sei für deren Einbindung und hob die Notwendigkeit der Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hervor. In den nächsten Monaten werde seine Behörde ein Paket an Vorschlägen vorlegen. Im Falle des Irans werde die IAEA den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sofort anrufen, sobald eine Verbindung der zivilen Nutzung der Kernenergie mit der Herstellung von militärischen Waffen nachgewiesen werden könne. Innerhalb der Behörde sei der Zeitpunkt umstritten, wann sich die Behörde an den Sicherheitsrat wenden sollte. Die Auffassung werde vertreten, dass bei einer Hinauszögerung der Anrufung des Sicherheitsrates die Fronten nicht so schnell verhärteten und daher dieser Weg mehr Erfolg verspreche. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) fragte, ob die IAEA für eine wirksame Kontrolle über eine ausreichende finanzielle Ausstattung verfüge und wie sich die Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten vollziehe. Auf die zentrale Botschaft des Generalsekretärs zurückkommend – der Appell an die NATO, von ihrer Strategie der nuklearen Abschreckung abzurücken – führte Abg. **Markus Meckel** aus, dass eine Teilung der Welt in Staaten mit und ohne Nuklearwaffen auf Dauer nicht tragbar sei. Der Generaldirektor antwortete, dass in den letzten 15 Jahren das reale Wachstum der Finanzmittel für die IAEA Null betragen habe. Dringend werde mehr Geld für den Kauf kommerzieller Satellitenbilder benötigt. Die IAEA sei die erste Antwort auf die Bekämpfung der Nuklearwaffen, daher läge das gute Funktionieren der Behörde im vitalen Interesse der Staaten. Im Hinblick auf die 30 000 existierenden Kernwaffen

in der Welt sei keine glaubwürdige Umsetzung der 1970 im Vertrag über die Nichtverbreitung eingegangenen Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung durch die Nuklearwaffenstaaten erfolgt. Die Strategie der nuklearen Abschreckung habe während des Kalten Krieges funktioniert, nach dessen Beendigung sei es an der Zeit, ein anderes Sicherheitssystem zu entwickeln. Auf die Frage nach der Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten antwortete er, die Zusammenarbeit mit ihnen habe sich sehr positiv entwickelt, was vor fünf Jahren noch undenkbar gewesen sei, sei heute gängige Praxis.

#### **Ansprache des NATO-Generalsekretärs, Jaap de Hoop Scheffer**

Der Präsident der Versammlung **Bereuter** informierte, dass aufgrund eines technischen Problems des Flugzeugs der Generalsekretär der NATO leider nicht in der Lage sei, vor der Versammlung zu sprechen.

#### **Änderung der Geschäftsordnung**

Die Änderungen zur Geschäftsordnung [107 SESP 04 B] wurden unter Berücksichtigung der vor der Sitzung vorgebrachten Einwände der italienischen Delegation ohne Aussprache einstimmig genehmigt.

#### **Verschiedenes**

Die Versammlung nahm die vom Ständigen Ausschuss erarbeitete Erklärung zur Ukraine an, in der auf die fortbestehende Aufnahmemöglichkeit in die NATO bei Erfüllung der Voraussetzungen und auf die Bedeutung demokratisch ablaufender Präsidentschaftswahlen im Oktober hingewiesen wurde.

Markus Meckel, MdB  
Leiter der Delegation

Volker Bouffier, Staatsminister  
Stellvertretender Leiter der  
Delegation

## Ständiger Ausschuss

## PARLAMENARISCHE VERSAMMLUNG DER NATO

108 SC 04 E Rev. 1

Original: Englisch

## Übersetzung

**Erklärung des ständigen Ausschusses über die  
Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2004  
in der Ukraine**

Der Ständige Ausschuss,

1. **betonend**, dass die Tür der NATO für jene Staaten weiterhin offen bleibt, die die notwendigen Reformen durchgeführt haben und für eine Bündnismitgliedschaft als infrage kommend eingeschätzt werden;
2. **in Anerkennung** der Bestrebungen der Ukraine nach einer NATO-Mitgliedschaft;
3. **betonend**, dass die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in der Ukraine ein besonderer Testfall für die Fortschritte des Landes in Richtung auf Demokratie sein werden;
4. **FORDERT** die Behörden der Ukraine **NACHDRÜCKLICH AUF** sicherzustellen, dass die Wahlen fair, frei und transparent ablaufen und außerdem eine größtmögliche Beteiligung internationaler Beobachter zu erleichtern.